

(K)

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE
STUDIENGESELLSCHAFT

105. BERICHT, NOVEMBER 1973
(Fragebogen Nr. 136)

Wf 21/XI

B E R I C H T

über eine Umfrage, betreffend die Politik der ÖVP,
die Kanzlerkandidaten, das Verhalten der Regierung
bei der Geiselentführung in Marchegg und die Ein-
stellung der Bevölkerung zur Frage der Hilfe für
Flüchtlinge.

Auszug aus einem SWS-Bericht zur Einstellung der Bevölkerung zur
Flüchtlingsfrage, 1973.

Signatur: III.7b Meinungsumfragen, Box 2
Copyright: Kreisky Archiv

Die Antwortmöglichkeiten lauteten:

Österreich soll allen Flüchtlingen helfen, aber nur, wenn dadurch für uns keine Gefahren entstehen	43 %
Österreich muß, ohne Rücksicht auf etwaige Gefahren, Flüchtlingen helfen	13 %
Österreich hat schon genug getan, jetzt sollen andere helfen	26 %
Man hat sich als so undankbar erwiesen, daß wir eigentlich keine Verpflichtungen mehr haben	13 %
Andere Antworten	4 %
Weiß nicht	2 %

Die Antwortmöglichkeit "Österreich soll allen Flüchtlingen helfen, aber nur, wenn dadurch für uns keine Gefahren entstehen" wurde verhältnismäßig selten von den Jahrgängen über 65 (34 %) und selbständig Erwerbstätigen (35 %) gewählt.

Die Antwortmöglichkeit "Österreich muß, ohne Rücksicht auf etwaige Gefahren, Flüchtlingen helfen" wurde überdurchschnittlich häufig von selbständig Erwerbstätigen (23 %) und Akademikern (26 %) gewählt.

Die Antwortmöglichkeit "Österreich hat schon genug getan, jetzt sollen andere helfen" wurde überdurchschnittlich häufig von Jahrgängen über 65 (36 %) gewählt.

Die Antwortmöglichkeit "Man hat sich als so undankbar erwiesen, daß wir eigentlich keine Verpflichtungen mehr haben" wurde überdurchschnittlich häufig von Jahrgängen unter 20 (18 %) gewählt.

Mit Ausnahme der selbständig Erwerbstätigen und der Jahrgänge über 65 sind die Abweichungen vom Durchschnitt bei der Antwortmöglichkeit "Österreich soll allen Flüchtlingen helfen, aber nur, wenn dadurch für uns keine Gefahren entstehen" verhältnismäßig gering.

Bemerkenswerterweise wird aber auch die Antwortmöglichkeit "Österreich muß, ohne Rücksicht auf etwaige Gefahren, Flüchtlingen helfen" von überdurchschnittlich vielen selbständig

Erwerbstätigen gewählt, hingegen von verhältnismäßig wenig Landwirten, nämlich 13 %, während sie von den ÖVP-Wählern im Durchschnitt von 23 % gewählt wird.

Die Aufgliederung nach dem politischen Standort der Befragten zeigt folgendes Bild:

	<u>FPÖ-</u>	<u>KPÖ-</u>	<u>ÖVP-</u>	<u>SPÖ-</u>	<u>NICHTEN-</u> <u>GAGIERTE</u>
Österreich soll allen Flüchtlingen helfen, aber nur, wenn dadurch für uns keine Gefahren entstehen	38	23	36	48	45
Österreich muß, ohne Rücksicht auf etwaige Gefahren, Flüchtlingen helfen	9	15	23	9	7
Österreich hat schon genug getan, jetzt sollen andere helfen	30	30	25	26	25
Man hat sich als so undankbar erwiesen, daß wir eigentlich keine Verpflichtungen mehr haben	19	17	10	14	12
Andere Antworten	3	15	5	2	6
Weiß nicht	1	-	1	1	4

Von der Mehrheit wird somit die Hilfe für Flüchtlinge bejaht, aber vorwiegend nur unter der Voraussetzung, daß dadurch für Österreich keine Gefahren entstehen. Zum Grundsatz des Asylrechtes bekennen sich offensichtlich bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen nur kleine Minderheiten, wobei durch den propagandistischen Einsatz der ÖVP, der sich ja weniger für das Asylrecht als gegen die Regierung richtete, eine wahrscheinlich nur vorübergehend positive Einstellung zum Asylrecht bei ÖVP-nahen Bevölkerungsschichten zustande kam.

IV. Zusammenfassung

Die Oppositionspolitik der ÖVP wird von Bevölkerungsschichten, die weit über den Anhang der Sozialistischen Partei hinausgehen, negativ beurteilt. Eine Kandidatur von Dr. Schleinzer als Kanzler würde im gegenwärtigen Zeitpunkt für seine Partei mehr Nachteile als Vorteile bringen und zwar auch in den Kreisen der ÖVP-Anhänger. Eine Kanzlerkandidatur von Dr. Kreisky würde im gegenwärtigen Zeitpunkt seiner Partei Vorteile bringen und zwar nicht nur bei Anhängern der SPÖ, sondern auch bei Nichtengagierten und Anhängern der Oppositionsparteien.

Die Politik der Bundesregierung im vergangenen Jahr wurde überwiegend positiv beurteilt und von 45 % der Befragten als verantwortungsbewußt und richtig charakterisiert und nur von 11 % der Befragten als falsch und für Österreich schlecht beurteilt. Dieser negativen Beurteilung schlossen sich nur ein Viertel der ÖVP-Anhänger an.

Die Geiselentführung in Marchegg war praktisch allen Befragten bekannt. Durch das Verhalten der Regierung, der ÖVP, des Bundeskanzlers und des Parteiobmannes Dr. Schleinzer hat sich das Prestige der Bundesregierung etwas, das Prestige des Bundeskanzlers sehr verbessert, das Prestige der ÖVP hat sich etwas verschlechtert, das Prestige des Parteiobmannes Dr. Schleinzer hat sich sehr verschlechtert.

Die Handlungsweise der Bundesregierung bei der Geiselentführung und nachher, wurde in einem überdurchschnittlich hohen Ausmaß als verantwortungsbewußt und richtig charakterisiert, was daraus hervorgeht, daß die Politik der Bundesregierung im vergangenen Jahr von 45 % als verantwortungsbewußt und richtig, die Politik der Bundesregierung bei der Geiselentführung von 65 % als verantwortungsbewußt und richtig charakterisiert wurde.

Mehr als zwei Drittel der Befragten finden, daß Österreich und seine Regierung im Zusammenhang mit der Geiselnahme vom Ausland ungerecht behandelt wurden. Selbst bei den Anhängern der ÖVP überwiegt die Zahl derer, die das finden, weit die Zahl jener, die finden, daß Österreich nicht ungerecht behandelt wurde. Der von uns schon mehrfach festgestellte Effekt des Zusammenrückens der Österreicher und des sich um die Bundesregierung Scharens bei kritischen Situationen und bei Angriffen aus dem Ausland ist somit wieder einmal deutlich sichtbar geworden.

Die unbedingte Gewährung von Hilfe für Flüchtlinge, also das Asylrecht wird nur von nicht ganz 13 % der Befragten uneingeschränkt bejaht. Da infolge der besonderen politischen Konstellation ein besonders großer Prozentsatz der ÖVP-Anhänger das uneingeschränkte Asylrecht bejaht und dies unter anderen politischen Voraussetzungen nicht als sicher angenommen werden kann, kann der Schluß gezogen werden, daß eher weniger als 10 % der Österreicher bereit sind, das unbedingte Asylrecht auch unter Gefahren zu verteidigen.